

Bilanz der Landesregierung: Verfassungswidrige Besoldung, fehlende Höhergruppierungsmöglichkeiten im Tarifbereich sowie Personalmangel in den Basisdienststellen. Faktencheck!

Die Landtagswahlen stehen am 8. Oktober 2023 an. Es fällt mir beim Verfassen der Zeilen schwer, einen möglichen Wahlausgang zu prognostizieren. Das überlassen wir gerne Anderen! Aber: Ich möchte in diesem Vorwort Bilanz für unsere Polizeibeschäftigten ziehen. Was hat die amtierende Landesregierung in den zurückliegenden fast fünf Jahren im Bereich Innern und damit bei der Polizei umgesetzt? Was nicht? Faktencheck bedeutet, Schwachstellen zu identifizieren. Was bieten die Parteien den Wählerinnen und Wählern am 8. Oktober in ihren Programmen an?

Es gibt eine klare Wahlempfehlung der GdP Hessen: „Wählen gehen, es geht um Deine Zukunft!“

Viele von euch sind es wenige Wochen vor den Landtagswahlen gewohnt, von der GdP über die entsprechenden Wahlprogramme der Parteien informiert zu werden. Ähnlich einem Zeugnis bei einer anstehenden Versetzung bewerten wir an dieser Stelle die abgelieferten Leistungen der Landesregierung für den Polizeibereich. Über die Parteiprogramme zu den Wahlen verweisen wir an anderer Stelle in dieser Ausgabe auf die Veröffentlichungen der demokratischen Parteien im Internet.

Faktencheck Personal:

Den längst überfälligen Sicherheitspaketen I-III steht der aktuelle polizeiliche Arbeitsalltag gegenüber. Ja, es war begrüßenswert, dass sich Schwarz/Grün besann, dem gebeutelten Personalkörper der Polizei endlich eine Einstellungsoffensive angedeihen zu lassen. Vorangegangen war ein massiver Stellenabbau eben dieser Landesregierung.

Aus dem Factsheet¹ des Innenministers kann man entnehmen, was (nach Meinung der Landesregierung) alles in Hessen für und durch die Polizei besser wurde. **FAKT: Ohne unsere engagierten Kolleginnen und Kollegen wären die Erfolge, die sich in Aufklärungsquoten valide nachzeichnen lassen, nicht zustande gekommen!** **Und: Die in Folge der aufwachsenden Einstellungen leider zunehmenden Abbrecherquoten bei den Studierenden haben längst nicht dazu geführt, die stetig zunehmenden Arbeitsfelder bei der Polizei vollumfänglich zu befrieden!** In Gesprächen mit Polizeibeschäftigten wird immer wieder Bilanz des eigenen Arbeitsfeldes gezogen: „Wenn ich heute erzähle, dass ich bei der Polizei arbeite, dann ernte ich mitleidende Blicke. Wenn man mich persönlich fragt, ob mir die Arbeit noch gefällt, antworte ich, dass es der schönste Job der Welt unter den widrigsten Umständen ist. Die hessische Polizei funktioniert meines Erachtens nur noch über einen guten Zusammenhalt innerhalb der Basis. Zu Beginn dieses Jahres 2023 hatte ich 150 Überstunden und jetzt fünf Monate Später sind es knapp 400! Es spiegelt wieder, was vor sich geht.“

Die Bekämpfung und Abarbeitung der Alltagskriminalität, Ahndungen von Verkehrsdelikten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Körperverletzungsdelikte, Sprengung von Geldautomaten oder einfach nur die Bekämpfung Massenkriminalität ist Standard. Hinzu kommen viele neue Kriminalitätsphänomene, in die Personal abgezogen werden muss. Dabei spielen Erfahrung und Qualifizierung eine Rolle. Beispiel: Der schreckliche und widerliche Arbeitsbereich der Bekämpfung der Kinderpornographie. Das Personal hierfür kommt aus dem Bestand. Erfahrene Ermittlerinnen und Ermittler wurden aus originären Arbeitsbereichen für die neuen Aufgaben abgezogen. **FAKT: Zentrale Forderung ist eine ausreichende**



Jens Mohrherr

Personalausstattung, um anfallende Arbeiten und Aufgaben zufriedenstellend für die Bürgerinnen und Bürger zu erledigen. GdP-Forderung: Polizei braucht zusätzliche 2000 Mehreinstellungen, um personelle Lücken schnell zu schließen und um stetig wachsenden Herausforderungen wirksam zu begegnen zu können. Rahmenbedingungen für Polizei-Studis bei der Polizei sind ebenfalls dafür maßgebend!

Die Sicherheitsoffensive, die mit viel Begleitmusik Öffentlichkeitsarbeit durch die Landesregierung verkündet wurde und personelle Verstärkungen bei der hessischen Polizei ausbringen sollte, ist bei weitem nicht angekommen! Es fehlen an der Basis immer mehr Kolleginnen und Kollegen! Das permanente Loben eigenen politischen Handelns durch die Landesregierung verkennet diese Tatsache komplett. **Zensur: Mangelhaft**

¹ https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2023-05/hmdis_factsheet_sicherheit_120523.pdf



Faktencheck Tarifbeschäftigte

Allen Forderungen der GdP und der Personalräte zum Trotz ignoriert die Landesregierung die Struktur der Tarifbeschäftigten bei der Polizei. **FAKT: Die beschämende Eingruppierungswahrheit macht das ganze Dilemma deutlich: 90 % unserer Tarifbeschäftigten sind in den EG-Gruppen E 3 bis E 9 eingruppiert.** Unsere Forderungen zum Doppelhaushalt 202 /24, die wir bei allen Fraktionen im Landtag vorbrachten, fanden bei der Opposition Gehör. Ein eingebrachter Antrag zum Doppelhaushalt, bei den Tarifbeschäftigten eine Höhergruppierungsoffensive vorzunehmen, wurde seitens der Landesregierung abgelehnt. **FAKT: Tarifbeschäftigte bilden das Rückgrat der Polizei. Ohne sie ist kein Staat zu machen!** Eine Höhergruppierungsoffensive muss einhergehend mit neuen Arbeitsplatzbeschreibungen im nächsten Jahr erfolgen. Die zurückliegenden Tarifverhandlungen fanden noch vor dem russischen Angriffskrieg und der damit einhergehenden enormen Inflation statt. Die Tarifierhöhungen sind längst durch explodierende Preise, gerade bei Lebensmitteln und Mieten aufgezehrt. Die Tarifgemeinschaft der Länder startet ihre Verhandlungen beginnend

ab Oktober 2023. Hessen ist nicht dabei. Bei uns beginnen die Tarifverhandlungen im Januar 2024. **FAKT: Tarifabschlüsse müssen sich zeitgerecht an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientieren. Inflation und Sonderbelastungen müssen tabellenwirksam ausgeglichen werden. Jetzt aber in der Krise brauchen unsere Beschäftigten dringend eine Inflationsausgleichsprämie. Wer diese in anstehende Tarifverhandlungen verschiebt und einpreist, lässt die Beschäftigten vorsätzlich im Regen stehen. Zensur in dieser Kategorie: Ungenügend**

Zusammenfassung:

Zentraler Baustein bei Schutz- und Kriminalpolizei ist die Personalausstattung! **FAKT: Wir brauchen mindestens 2.000 Beschäftigte mehr. Beschäftigte – und nicht nur Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte.** Uns fehlen dringend IT-Ingenieure, Wirtschaftsprüfer und mehr! Bei der unsäglichen Bezahlung im öffentlichen Dienst in Hessen finden wir natürlich niemanden. Das wissen Innenminister, Ministerpräsident und die Landesregierung genau. **FAKT: Sie handelt nicht! Mehr Tarifbeschäftigte und eine Höher-**

gruppierungsoffensive sind essenziell! Hessen muss anerkennen, dass viele Polizeibeschäftigte arbeitstäglich viel mehr leisten! Alle operativ tätigen Polizeibeschäftigte brauchen flächendeckend Supervisionen und Präventionskuren! Dienstreise zur Regeneration (in allen polizeilichen Arbeitsfeldern) muss die Regel sein! Dienstreise muss planbar sein und verlässlichen Kontrakt bilden. Millionen von Überstunden machen deutlich, dass dafür Freizeit und nicht Geld zu spürbaren Entlastungen führt. **FAKT: Familienfreundlicher Arbeitgeber Hessen im Bereich Polizei? Fehlanzeige!** Ich habe mich in diesem Vorwort nur auf zwei essenzielle Problemfelder in der Polizei beschränkt. **FAKT: Es gibt noch viel mehr Schwachstellen, wie z. B. die nicht vorhandene Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage!** Liebe Kolleginnen und Kollegen, geht wählen. Vergleiche eure persönlichen Erfahrungen im Dienst mit den in dieser Ausgabe dargestellten Hinweisen auf die parteipolitischen Programme. **FAKT: Die GdP kämpft für eure Interessen. Es ist und bleibt die GdP, die all diese wichtigen Themen immer wieder bei den politischen Verantwortlichen darstellt – nicht nur in Zeiten von Landtagswahlen!** **Jens Mohr Herr,**
Landesvorsitzender

WAHLPROGRAMME

Parteien bei der hessischen Landtagswahl zum Thema Polizei

Die hessische Landtagswahl findet am **8. Oktober 2023** statt. Hier werden die Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt. Fakt: Das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Frühjahr 2024 wird wesentlich von der neu gewählten Regierung abhängig. Daher ist es klug darüber nachzudenken, was in den letzten Jahren gut oder weniger gut in Hessen funktioniert hat. Hier muss das Augenmerk auf die Wahlprogramme der Parteien gerichtet werden. Die Homepages der Parteien wurden mittels QR-Code verlinkt. Stichpunktartig wurden die die Polizei betreffenden Punkte ohne Anspruch

auf Vollständigkeit zitiert, die Details erfahrt ihr in den jeweiligen Programmen. Mit der ebenfalls im hessischen Landtag vertretenen AfD gibt es einen Unvereinbarkeitsbeschluss.

Klare Solidarität mit den Einsatzkräften; mindestens sechs Monate Freiheitsstrafe für Angriffe auf Beamtinnen und Beamten und beschleunigte Verfahren und Sonderzuständigkeiten einführen; datenschutzkonforme Vorratsdatenspeicherung und eine umfassende Videoüberwachung im öffentlichen Raum; technisch und organisatorisch mindestens auf Augenhöhe



he mit den Tätern agieren; Extremismus von Rechts, Links und aus islamistischer Richtung sowie antisemitische Handlungen bekämpfen; Verfassungs- und Staatsschutz, sowie Antisemitismus-Beauftragten weiter stärken, im Cyberspace aktiv sein und Hessendata ausbauen; Sicher-



heitsgefühl stärken (u. a. mit KOMPASS, Videoüberwachung).



Bei Drucklegung war das Programm der Grünen Hessen beschlossen, aber nicht veröffentlicht, da es sich noch in Korrektur und Layout befand. Eine Vorabzusendung war laut Geschäftsstelle der Grünen nicht möglich. Bitte informiert euch daher über deren Homepage.



Ein Streifenwagen mehr für jede Polizeistation und entsprechend Polizeibeamt*innen im Dienst; neue Digitale Systeme zur Gewinnung, Strukturierung und Bekämpfung komplexer krimineller Strukturen; amtsangemessene Besoldung; Erhöhung der Besoldung; Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage; echte neue offene Fehler- und Führungskultur, Möglichkeiten von Beschwerden an unabhängige Bürger- und Polizeibeauftragte stärken (z. B. anonyme Beschwerden/Whistleblower); Verfassungsschutz reformieren und unter Kontrolle des Parlaments stellen; Prävention auf allen Ebenen; Verschärfung Waffenrecht, Stärkung Opferschutz.



1.500 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten (bis 2027); mehr Polizeiverwaltungsangestellte; Dokumentationspflichten sind kritisch zu prüfen und auf das zu reduzieren, was rechtsstaatlich notwendig und geboten ist; Strukturreformen bei der Polizei angehen; Freiwilligen Polizeidienst evaluieren; Aufgaben an Ordnungsämter übertragen; Polizeifachkräfte gewinnen; Attraktivität des Polizeidienstes steigern; Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage; Digitalisierungsoffensive Polizei; Ausstattung verbessern; Ausweitung der DNA-Analyse.



Eine unabhängige Beschwerdestelle (an diese sollen sich Bürger*innen und Kolleg*innen wenden können und mögliches Fehlverhalten von Polizeibeamt*innen untersuchen und ahnden lassen. Sie soll dafür umfangreiche Ermittlungskompetenzen erhalten, sowie ein Anwesenheitsrecht bei Polizeieinsätzen); Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expertenkommission und des NSU-Untersuchungsausschusses zur Reform der Polizei; eine stärkere Berücksichtigung von demokratiefördernden Inhalten in der Polizeianwärter*innenausbildung; die Auflösung der Hessischen Hoch-

schule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS); Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden zerschlagen; die Abschaffung anlassloser und verdachtsunabhängiger Kontrollen; die Rücknahme der Reform des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes; die Abschaffung der Polizei-Software „Hessendata“, Die Sicherstellung funktionierender Infrastruktur; Polizeiführung ohne parteipolitische Einflussnahme; Opfer und Angehörige unterstützen; die Verbreitung tödlicher Schusswaffen stoppen und Neonazis entwaffnen, Eine Verlaufsstatistik, sowie eine Dunkelfeldstudie zu häuslicher Gewalt und die statistische Erfassung von Femiziden als eigene Kategorie; Entlastung der Polizeibeamt*innen durch Abbau von Überstunden und Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Polizeireform, den Einsatz von Pfefferspray und Taser durch die Polizei massiv einschränken (Im Zusammenhang mit Versammlungen, Ansammlungen im öffentlichen Raum und Veranstaltungen soll er verboten werden).

Weitere Zitate: „Erfahrungen von Alltagsrassismus und Diskriminierung etwa bei der Wohnungssuche, im Job oder bei rassistisch motivierten Polizeikontrollen sind für viele Menschen in Hessen tägliche und traurige Realität.“ „Kriminalisierung von antifaschistischem Engagement stoppen: Wer gegen Neonazis und Menschenverachtung aufsteht, handelt nicht gegen die Werte des Grundgesetzes, sondern verteidigt diese aktiv. Die Überwachung und Repression durch den sogenannten „Verfassungsschutz“ und die polizeilichen Sicherheitsbehörden müssen daher beendet werden.“

Fazit

Die Wahlempfehlung der GdP lautet: Wählen gehen! Es geht um Deine Zukunft. Aber: Jeder möge sich sein eigenes Bild machen.

GdP Hessen

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden